

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00271/2021

Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe machen

Beschlüsse:

31.01.2022	Stadtvertretung
022/StV/2022	22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

Der Antragsteller zieht den Punkt 3 des Beschlussvorschlages zurück. Er bittet des Weiteren um eine getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Landesregierung das Gespräch zu suchen und darauf zu dringen, dass der Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe in Mecklenburg-Vorpommern in den gesetzlichen Regelungen verankert wird.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in den Gremien des Städte- und Gemeindetages dafür einzusetzen, dass sich der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern dafür ausspricht, dass der Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern zur kommunalen Pflichtaufgabe wird, um die Priorität dieser kommunalen Handlungsfelder zu unterstreichen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

zu Punkt 1) mehrheitlich bei einigen Dafürstimmen und vier Stimmenthaltungen abgelehnt
zu Punkt 2) mehrheitlich bei einigen Dafürstimmen und sechs Stimmenthaltungen abgelehnt

